An die[1]
Bezirksregierung bitte auswählen
Dezernat 34 – EU-Förderung
Europäischer Sozialfonds
bitte Adresse eintragen

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus Fördermitteln des ESF aus der Förderphase 2014 – 2020;

ESF-Förderrichtlinie 2014 – 2020,

Förderprogramm Förderung von Regionalagenturen

1. Rechtsfähiger Antragstellender[2]

1.1. Name/Bezeichnung

Anschrift — Straße
Postleitzahl Ort

Vertretungsberechtigt

Geschäftsführer/in — ☐ Frau ☐ Herr

Art/Rechtsform (s. Anlage 1) bitte auswählen

Steuernummer

1.2. Zugehörigkeit zur Gruppe der

- ☐ Privatwirtschaftlichen Unternehmen
- ☐ Gewerkschaften
- ☐ Kirchen
- ☐ Wirtschaftsverbände
- ☐ Freien Träger
- ☐ Wohlfahrtsverbände
- ☐ Gebietskörperschaften
- ☐ Sonstige

[1] Bitte Name und Adresse der zuständigen Bezirksregierung eintragen
[2] „Die genaue Bezeichnung des rechtsfähigen Antragstellenden ist anzugeben. Nur Antragstellende mit eigener Rechtsfähigkeit können Zuwendungsempfangende werden (z.B. GmbH, e.V., Gemeinde, Zweckverband des öffentlichen Rechts). VHS können nur Antragstellende sein, wenn sie z.B. als GmbH rechtsfähig sind. Gehören sie dagegen z.B. zu einer Kommune oder einem Zweckverband kann nur die Gemeinde oder der Zweckverband Antragstellender sein.“

1.3. Angaben zum Wirtschaftszweig (bitte entnehmen Sie die auf Sie zutreffende Kennziffer der beiliegenden Anlage 2 „Angaben zum Wirtschaftszweig – Kennziffernverzeichnis“)

Kennziffer

1.4. Auskunft erteilt:

Name

Telefon (Durchwahl)

Telefax

E-Mail

1.5. Bankverbindung

Kreditinstitut

IBAN

BIC

Kontoinhaber/in

Ggfls. Az./Buchungsstelle

1.6. Durchführungsort der Maßnahme (falls abweichend vom Sitz des Antragstellenden)

Anschrift

1.7. Weiterleitung der Zuwendung

Sollen Teile der Zuwendung an Dritte weitergeleitet werden?

☐ ja ☐ nein

Wenn ja:

Füllen Sie bitte die Anlage „Weiterleitung der Zuwendung“ aus.

2. Maßnahme

2.1. Maßnahmebezeichnung

2.2. Durchführungszeitraum der Maßnahme

von bis

3. Berechnung – Funktionen

3.1. (Die Anlage „Maßnahmeplanung über das im Programm Regionalagenturen eingesetzte Personal“ ist zwingend auszufüllen. Bitte tragen Sie die ermittelten Zwischensummen gem. o.g. Anlage ein.)

Art	**Ausgaben**
Projektleitung kleiner und mittlerer Projekte (Leitung)	____ €
Projektmitarbeit	____ €
Gesamtausgaben für Projektleitung und Projektmitarbeitende (relevant für die Ziffer 3.2. dieses Antrages)	____ **€**

3.2. Finanzierungsplan - Funktionen

Bezeichnung	**Gesamtbetrag**	**Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit), davon im Jahr**		
		20__	**20__**	**20__**
Standardeinheitskosten für Funktionen (Summe unter 3.1.)	____ €	____ €	____ €	____ €
abzgl. erwartete Einnahmen (aus der Maßnahme erwirtschaftet)[3]	____ €	____ €	____ €	____ €
zuwendungsfähige Gesamtausgaben	____ €	____ €	____ €	____ €
davon				
Leistungen Dritter[4] privat	____ €	____ €	____ €	____ €
Leistungen Dritter[4] öffentlich	____ €	____ €	____ €	____ €
Eigenanteil	____ €	____ €	____ €	____ €
beantragte Gesamtzuwendung	____ **€**	____ **€**	____ **€**	____ **€**

3 Die Kalkulation für die Gesamtmaßnahme ist ausschließlich an dieser Stelle zu dokumentieren.

4 Leistungen Dritter: z.B. zweckgebundene Spenden und/oder Beteiligung durch Überlassung von Personal

4. Berechnung der Restkostenpauschale

4.1. Kalkulation

Art	Gesamtsumme
Restkostenpauschale **40 % der Gesamtausgaben für Standardeinheitskosten für Funktionen** (relevant für die Ziffer 4 dieses Antrages)	☐ €

5. Finanzierungsplan

Bezeichnung	Gesamtbetrag	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit), davon im Jahr	
		20☐	20☐
Gesamtsumme der Standardeinheitskosten für Funktionen (Summe unter Nr. 3.2.)	☐ €	☐ €	☐ €
Gesamtsumme der Restkostenpauschale (Summe unter 4.1.)	☐ €	☐ €	☐ €
abzgl. erwartete Einnahmen (aus der Maßnahme erwirtschaftet) (Übertrag aus 3.2)	☐ €	☐ €	☐ €
zuwendungsfähige Gesamtausgaben	☐ €	☐ €	☐ €
davon			
Leistungen Dritter[5] privat	☐ €	☐ €	☐ €
Leistungen Dritter[5] öffentlich	☐ €	☐ €	☐ €
Eigenanteil	☐ €	☐ €	☐ €
beantragte Gesamtzuwendung (80 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben)	☐ **€**	☐ **€**	☐ **€**

5. Begründung

5.1. Zur Notwendigkeit der Maßnahme

(z.B. Schilderung der Beschäftigungs-, und sektoralen Probleme, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Raumbedarf)

5.2. Zur Notwendigkeit der Förderung und Finanzierung

(z.B. Eigenmittel, Förderhöhe, Landes-/EU-Interesse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

6. Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass

6.1. ☐ mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird.

☐ die Maßnahme am _____ beginnen soll und mit beigefügter formloser Begründung die Zustimmung des förderunschädlichen vorzeitigen Beginns beantragt wird. Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich auch bereits der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten.

6.2. die Maßnahme gemäß den Vorschriften und Zielen der Europäischen Union durchgeführt wird.

6.3. bei der Maßnahmeumsetzung die Gleichstellung von Männern und Frauen Berücksichtigung findet.

6.4. für die hier beantragte Zuwendung neben der im Finanzierungsplan ausgewiesenen öffentlichen Förderung keine anderweitigen öffentlichen Mittel beantragt wurden bzw. werden.

6.5. die Angaben in diesem Antrag einschließlich der Anlagen vollständig und richtig sind.

6.6. Nachweis der finanziellen und administrativen Leistungsfähigkeit (gilt nicht für Gemeinden und Gemeindeverbände)

☐ die „Bescheinigung in Steuersachen“ (ehemals: steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung) des zuständigen Finanzamtes beigefügt ist und ausweist,

- ☐ dass keine Steuerrückstände bestehen.
- ☐ dass Steuerrückstände bestehen.

eine „Bescheinigung in Steuersachen“ aus folgenden Gründen vom zuständigen Finanzamt nicht ausgestellt wird:

Hinweis:

Die finanzielle und administrative Leistungsfähigkeit ist bei Projekten, die mit ESF-Mitteln gefördert werden sollen, gem. den europäischen Vorgaben zwingend zu prüfen. Ohne einen entsprechenden Nachweis ist eine abschließende Bearbeitung Ihres Antrages nicht möglich.

Sofern die vorgelegte „Bescheinigung in Steuersachen“ keine Steuerrückstände ausweist, dient diese als Nachweis.

Sollten Steuerrückstände ausgewiesen sein, ist die finanzielle und administrative Leistungsfähigkeit entsprechend darzustellen. Bitte nehmen Sie hierzu Kontakt mit der zuständigen Bewilligungsbehörde auf.

6.7. das eingesetzte Personal entweder

- ☐ nicht in einem anderen Projekt tätig ist oder
- ☐ in einem anderen Projekt nur anteilig tätig ist und die Arbeitszeit den Stundenumfang einer vergleichbaren vollen Stelle des jeweiligen Arbeitgebers nicht übersteigt.

6.8. Erklärung **nur für** Gemeinden, Städte und Kreise

die beantragte Maßnahme ausschließlich der Wahrnehmung freiwilliger kommunaler Aufgaben dient.

6.9. mir bekannt ist, dass die Zuwendung in Form von Pauschalen auf Grundlage von Standardeinheitskosten erfolgt.

6.10. die Regelungen der Datenschutz-Grundverordnung eingehalten werden.

7. Hinweise auf und Erklärung zu § 264 StGB:

Ich erkläre hiermit, dass mir bekannt ist, dass

- die nachfolgend unter Buchstaben a – l bezeichneten Angaben, Beschreibungen, Darstellungen, Begründungen und Erklärungen in diesem Förderantrag sowie in den beigefügten Anlagen subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 StGB in Verbindung mit § 1 des Landessubventionsgesetzes vom 24. März 1977 (GV. NRW S. 136/SGV. NRW 73) und § 2 des Subventionsgesetzes des Bundes vom 29 Juli 1976 (BGBI. I S. 2034) sind:
  - **a)** Angaben zum Antragstellenden (Ziffern 1.1., 1.4., 1.5. dieses Antrages),
  - **b)** Angaben zum dem Maßnahmeort und einer Weiterleitung der Zuwendung (Ziffern 1.6., 1.7.),
  - **c)** Beschreibung der Maßnahme einschließlich des Durchführungszeitraumes (Ziffern 2.1., 2.2., 2.3.),
  - **d)** Angaben zum Finanzierungsplan (Ziffer 4.),
  - **e)** Begründung der Notwendigkeit der Maßnahme, ihrer Förderung und der Finanzierung (Ziffer 5),
  - **f)** Erklärung zum Maßnahmebeginn (Ziffer 6.1.),
  - **g)** Erklärung über anderweitige öffentliche Förderung (Ziffer 6.4.),
  - **h)** Erklärung, dass die Angaben vollständig und richtig sind (Ziffer 6.5.)
  - **i)** Erklärung zu Räumlichkeiten und Öffnungszeiten (Ziffer 6.6.)
  - **j)** Erklärung über die Anlage „Bescheinigung in Steuersachen“ (Ziffer 6.7.),
  - **k)** Erklärung zum eingesetzten Personal (Ziffer 6.8.),
  - **l)** Angaben in der Anlage „Maßnahmeplanung über das im Projekt eingesetzte Personal“.
- Rechtsgeschäfte zwischen Zuwendungsempfangenden und Dritten, die im Ergebnis zu einer Reduzierung des zu erbringenden Eigenanteils des Zuwendungsempfangenden oder Dritter führen (z.B. Scheingeschäfte, Scheinrechnungen) subventionserhebliche Tatsachen sind (betreffen Angaben zum Finanzierungsplan – Ziffer 4.). Dem Zuwendungsempfangenden und/oder Dritten obliegt insoweit ebenfalls eine Mitteilungsverpflichtung.
- die Festlegung des Zuwendungszwecks in dem aufgrund dieses Antrages erteilten Zuwendungsbescheid als eine Verwendungsbeschränkung im Sinne

des § 264 Abs. 1 Nr. 2 StGB anzusehen ist. Die Zuwendung darf daher nur zur Erfüllung des im Zuwendungsbescheid bestimmten Zwecks verwendet werden.

- Subventionsbetrug strafbar ist und ich mich gem. § 264 Abs. 1 StGB strafbar mache, wenn ich
  - einer für die Bewilligung einer Subvention zuständigen Behörde oder einer anderen in das Subventionsverfahren eingeschalteten Stelle oder Person (Subventionsgeber) über subventionserhebliche Tatsachen für mich oder einen anderen unrichtige oder unvollständige Angaben mache, die für mich oder den anderen vorteilhaft sind (§ 264 Abs. 1 Nr. 1 StGB),
  - einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Rechtsvorschriften oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwende (§ 264 Abs. 1 Nr. 2 StGB),
  - den Subventionsgeber entgegen den Rechtsvorschriften über die Subventionsvergabe über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lasse (§ 264 Abs. 1 Nr. 3 StGB) oder
  - in einem Subventionsverfahren eine durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangte Bescheinigung über eine Subventionsberechtigung oder über subventionserhebliche Tatsachen gebrauche (§ 264 Abs. 1 Nr. 4 StGB).
- es für eine Strafbarkeit nach § 264 StGB nicht erforderlich ist, dass die Zuwendung für mich selbst beantragt wird oder das die beantragte Zuwendung tatsächlich gewährt wird.
- gem. § 3 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBI. I. S. 2037) der Subventionsnehmer verpflichtet ist, dem Subventionsgeber unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Diese

Mitteilungspflicht betrifft die o.g. subventionserheblichen Tatsachen und jede spätere Änderung derselben.

- § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBI. I. S. 2037) Regelungen zu Scheingeschäften und zum Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten trifft, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinbehandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.
- eine Entstellung oder Unterdrückung der zu a – l genannten Tatsachen gegebenenfalls als Betrug im Sinne des § 263 StGB strafbar ist.

8. Datenschutzrechtliche Einverständniserklärung

Verarbeitung für die Liste der Vorhaben

Die Förderung aus den EU-Strukturfonds ist gem. Artikel 115 Absatz 2 in Verbindung mit Anhang XII der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 daran gebunden, dass ich mich mit der Aufnahme in eine Liste der Vorhaben einverstanden erkläre. Diese Liste enthält neben dem Namen und Ort des Begünstigten eine Bezeichnung und Zusammenfassung der Vorhaben, Beginn- und Enddatum des Vorhabens sowie den Gesamtbetrag der förderfähigen Ausgaben des Vorhabens. Von Seiten der Verwaltungsbehörde werden außerdem der Unions-Kofinanzierungssatz pro Prioritätsachse, die Bezeichnung der Interventionskategorie für das Vorhaben sowie das Datum der letzten Aktualisierung der Liste der Vorhaben hinzugefügt.
Die Liste der Vorhaben wird halbjährlich sowohl im Rahmen der Web-Präsentation des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (http://www.esf.nrw) als auch auf einer Seite des Bundes veröffentlicht.

Verarbeitung im Rahmen der Antrags- und Projektbearbeitung

Im Rahmen der Antrags – und Projektbearbeitung werden zu den Ansprechpartnern die personenbezogenen Daten Anrede, Vorname, Name, Adresse, Tel., und E-Mail verarbeitet.

Hiermit erkläre ich mich damit einverstanden, dass sämtliche Daten aus diesem Antrag verarbeitet und die Daten meines Vorhabens veröffentlicht werden.

Mir ist bekannt, dass ich diese Einwilligung verweigern, bzw. zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen kann, dass dann aber ggfls. eine Förderung nicht erfolgt bzw. bereits geflossene Mittel zurückgefordert werden können.

9. Anlagen

- ☐ Anlage „Bescheinigung in Steuersachen“
- ☐ Anlage „Maßnahmeplanung über das im Projekt eingesetzte Personal“
- ☐ Fachkonzept
- ☐ Anlage „Weiterleitung der Zuwendung“
- ☐ Finanzierungszusage(n) Dritter (Letter of intent)
- ☐ Bescheid(e) über Leistungen Dritter
- ☐ bei privaten Unternehmen: aktueller Handelsregistereintrag
- ☐ bei nicht eingetragenen Unternehmen: Gesellschaftsvertrag
- ☐ [falls keine Gesellschaft: Gewerbeanmeldung (Ausnahme: freie Berufe)]
  bei Vereinen: aktueller Auszug aus dem Vereinsregister, Satzung
- ☐ Maßnahmebeschreibung (Inhalt, Adressaten, Konzept, Kursausgestaltung, Organisationsform etc.)

_____

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift

_____

Name in Druckbuchstaben

Anlage 1 – Rechtsformen

Rechtsformangabe für Antragsformular	Rechtsform-Zuordnung zu Neugruppierung	Rechtsform Kurzbezeichnung	Anmerkung / Erläuterung
Juristische Person des privaten Rechts (**PR**)	AG (Aktiengesellschaft)	AG	
	AG & Co. KGaA	AG & Co. KGaA	
	Gemeinnützige GmbH	gGmbH	
	Genossenschaft	Genossenschaft (eG)	bei Eingetragener Genossenschaft (eG, § 17 Abs.1 GenG)
		Genossenschaft (SCE)	bei Europäischer Genossenschaft (SCE, VO (EG) Nr. 1435/2003)
	GmbH (Gesellschaft mit beschränkter Haftung)	GmbH	
	KGaA	KGaA	
	Ltd. (Limited)	Ltd.	
	SE (Europäische Aktiengesellschaft)	SE	
	Stiftung (privatrechtlich)	Stiftung (privatrechtlich)	
	UG (Unternehmergesellschaft)	UG	
	Vereine (eingetragene und nicht eingetragene)	e. V.	bei **eingetragenem** Verein e. V. (§§ 21, 55 BGB), **altrechtlicher** Verein, **rechtsfähiger wirtschaftlicher** Verein (§ 22 BGB)
Natürliche Person	Einzelunternehmen	Einzelunternehmen	
	e. Kfm./e. Kfr. (Eingetragener Kaufmann/eingetragene Kauffrau)	e. Kfm./e. Kfr.	
Personengesellschaften	AG & Co. KG	AG & Co. KG	
	GbR (Gesellschaft bürgerlichen Rechts)	GbR	
	GmbH & Co. KG (Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft)	GmbH & Co. KG	
	Ltd. & Co. KG	Ltd. & Co. KG	
	OHG / KG (Offene Handelsgesellschaft / Kommanditgesellschaft)	OHG / KG	
	PartG (Partnergesellschaft)	PartG	
	Vereine (eingetragene und nicht eingetragene)	Vereine	bei **nicht eingetragenem** Verein (§§ 21–54 BGB)
Juristische Person des öffentlichen Rechts (**ÖR**)	Genossenschaft	Genossenschaft	bei Realkörperschaften (z. B. Jagd- / Fischereigenossenschaften)
	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Körperschaft	
	öffentliches Unternehmen	öffentl. Untern.	bei Gebiets- / Verbandkörperschaften sowie den jeweiligen Organen und öffentlichen Einrichtungen
	öffentliches Unternehmen		bei Anstalten des öffentlichen Rechts
	Stadt, Kommune, Landkreis etc.	Kommune	
	Stiftung (öffentlichrechtlich)	Stiftung (öffentlichrechtlich)	

Anlage 2 – Angaben zum Wirtschaftszweig – Kennziffernverzeichnis

Die folgende Wirtschaftszweigschlüsselliste ist für Vorhaben des ESF in der Förderphase 2014-2020 gültig. Die ESF-Verwaltungsbehörde erhebt diese Informationen zum Wirtschaftszweig aufgrund der delegierten Verordnung (EU) NR. 480/2014 zur Ergänzung der allgemeinen Strukturfondsverordnung ((EU) Nr. 1303/2013).

01 Land – und Forstwirtschaft
02 Fischerei und Aquakultur
03 Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln, Getränkeherstellung
04 Herstellung von Textilien und Bekleidung
05 Fahrzeugbau
06 Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen
07 Sonstiges nicht spezifiziertes verarbeitendes Gewerbe
08 Baugewerbe / Bau
09 Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (einschließlich zwecks Energieerzeugung betriebener Bergbau)
10 Energieversorgung
11 Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen
12 Verkehr und Lagerei
13 Information und Kommunikation, einschließlich Telekommunikation, Informationsdienstleistungen, Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie
14 Handel
15 Gastgewerbe / Beherbergung und Gastronomie
16 Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
17 Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung und wirtschaftliche Tätigkeiten
18 Öffentliche Verwaltung
19 Erziehung und Unterricht
20 Gesundheits- und Sozialwesen
21 Sozialwesen, öffentliche und persönliche Dienstleistungen
22 Dienstleistungen im Zusammenhang mit Umwelt und Klimawandel
23 Kunst, Unterhaltung, Kreativwirtschaft und Erholung
24 Sonstige nicht spezifizierte Dienstleistungen